



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

C-r.: Vom preußischen Landtag.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

von ihrem Rechte, auch wenn es formell noch so begründet, keinen zu weitgehenden Gebrauch zu machen, um nicht Conflict hervorzurufen, die leicht das ganze Verhältniß zwischen Regierung und Volksvertretung trübten. In der That wäre es ein schlimmes Debut für einen neuen Minister, wenn er seine erste größere Gesetzesvorlage gegen den Willen einer Majorität der Volkskammer, ob auch mit formeller Berechtigung, durchsetzen wollte. Aber freilich, Herr von Gerber hat, wie oben gesagt, durch die Solidarität mit der strengkirchlichen und hochtorystischen Partei, in die er auf der Synode sich eingelassen, sich selbst die Hände gebunden, er ist nicht mehr frei, er steht unter Einflüssen, von denen, könnte er wie er wollte, sein heller Verstand ihm sagen müßte, daß sie unheilvolle sind für ihn und seine ganze fernere Wirksamkeit als Minister.

Könnte denn wohl auch ein Volksschulgesetz, und möchte es noch so viel Gutes enthalten, das Zutrauen im Volke finden, dessen es zu seiner vollen Wirksamkeit bedarf, wenn sich an sein Erscheinen der — stillschweigende oder ausgesprochene — Protest einer Mehrheit der gesetzlichen Vertreter des Volkes heftete?

Dr. K. F.

Dresden, Mitte Februar 1873.

Vom preussischen Landtag.

Berlin, den 16. Februar 1873.

Die Sitzungen der vorigen Woche waren mit fortgesetzter Budgetberathung und kleineren technischen Vorlagen ausgefüllt bis zu der gestrigen. In der Sitzung vom 14. Februar verlas der Ministerpräsident die königliche Botschaft, welche mit Bezug auf die von dem Abgeordneten Lasfer gerügten Uebelstände beim Eisenbahnwesen eine Spezialuntersuchungscommission einsetzt und den Landtag zur Betheiligung an derselben einladet. Die in manchen Abgeordnetenkreisen der königlichen Untersuchungscommission im ersten Anfang entgegen tretenden Bedenken, als ob dieselbe verhindert werden könne, die ihr obliegende Aufgabe mit dem ganzen erforderlichen Nachdruck zu verfolgen, hatten größtentheils wohl schon einer anderen Erwartung Platz gemacht, als die Sitzung des 15. Februar eröffnet wurde. Der Rest solcher Bedenken schwand vor der zweimaligen Erklärung des Ministerpräsidenten, welche derselbe zuerst auf die Rede des Abgeordneten Lasfer, dann auf die Aeußerungen des Abgeordneten Löwe abgab. Der Abgeordnete Lasfer hatte namentlich hervorgehoben, daß jedes einzelne Mitglied der königlichen Commission in Bezug auf die Ausdehnung der Untersuchung und ebenso in Bezug auf die Benutzung der Untersuchungsmittel, welche der Commission überhaupt zustehen, dasselbe Recht haben müsse, wie die ganze Commission. Es kann bei einer Commission, die überhaupt nur aus neun Mitgliedern besteht, nicht die Majorität an die Stelle der Commission gesetzt werden. Die Beschlüsse der letzteren müssen entweder entweder einstimmig gefaßt werden oder die abweichenden Beschlüsse der einzelnen Mitglieder haben zu gelten als eben so viele gleichberechtigte Commissionsbeschlüsse. Nur so hat das im Sinne des Königs mit dem größten Ernst angeordnete Werk die Aussicht auf den vollen Erfolg. Nachdem der Ministerpräsident wiederholt erklärt hatte, daß in die für die Untersuchungscommission zu erlassende Instruktion die vom Abgeordneten Lasfer geforderte

Bürgerschaft Aufnahme finden würde, nachdem der Ministerpräsident hinzugefügt, daß auch die Wahl der vom König zu bestellenden Commissionsmitglieder den vollen Ernst der königlichen Absicht erkennen lassen werde, zog der Abgeordnete Lasfer seinen am 8. Februar gestellten Antrag auf Einsetzung einer Commission des Abgeordnetenhauses zur Untersuchung der Eisenbahnverwaltung zurück, und das Haus beschloß nahezu einstimmig, der Einladung der königlichen Botschaft gemäß, zwei seiner Mitglieder zur Theilnahme an den Arbeiten der königlichen Untersuchungscommission zu ernennen. Die betreffende Wahl soll in der morgenden Sitzung erfolgen.

So ist seit dem 7. Februar, wo der Abgeordnete Lasfer die Heilung jener industriellen Schäden angeregt, der Verlauf dieser Sache ein durchaus befriedigender. Wir lieben nicht, weil Preußen und Deutschland es nicht ertragen können, daß die Aufdeckung öffentlicher Schäden als Waffe zur Erweiterung der Macht des Parlamentes benutzt werden. Wir können überhaupt den Gegensatz zwischen Parlament und Regierung nicht gebrauchen, der anderwärts als das interessanteste Schauspiel der öffentlichen Unterhaltung dient und zugleich den mannigfaltigsten individuellen Leidenschaften Befriedigung gewährt. In Deutschland will man die sachliche und nicht die dramatische Betreibung der Staatsangelegenheiten. Wir können viele andere Uebel, vielleicht die größten, überwinden dadurch, daß wir diesen Geschmack behalten. Darum ist die Thatsache von hohem Werth, daß Regierung und Parlament sich zur Ausrottung von Schäden vereinigen, die einem einzelnen Verwaltungszweig über den Kopf gewachsen waren, daß die Frage: welchem einzelnen Theil wird die Ausrottung dieser Schäden zu Gute kommen? kaum aufgetaucht, sogleich in Nichts versinkt. Die Antwort lautet: keinem einzelnen Theil, sondern dem Ganzen, dem Staat, welchem Regierung und Parlament, jedes an seinem Theile, dienen.

Herr Lasfer's Rede war auch gestern wieder ein schönes Beispiel derjenigen Beredsamkeit, welche keinen Triumph der Eitelkeit sucht, sondern aufgeht in die Beredsamkeit der Sachen, und dadurch unerschütterliche Ueberzeugungen hervorbringt. Diesem Abgeordneten, dessen politischen Anschauungen auch an dieser Stelle in nicht seltenen Fällen entgegengetreten worden, wird kein unbestochener Beobachter das Zeugniß versagen können, daß er im Verfolg seiner parlamentarischen Laufbahn immerfort an geistiger Kraft gewachsen ist; gewachsen durch die redliche Selbstverleugnung im Suchen der Wahrheit bei einer seltenen Biegsamkeit der intellectuellen Anlage.

Herr Lasfer gedachte in seiner gestrigen Rede auch der Bedenken, welche ihm vor Anregung dieses Gegenstandes entgegengestellt worden. In der That, Bedenken ohne den Schatten einer Berechtigung. Unseres Erachtens giebt es heute keinen redlichen Mann im deutschen Volke, der nicht aufathmet von der Beklemmung, die inmitten der großartigsten Erfolge ihn oft überfallen: ob das deutsche Volk, die Aschenbrödel, dem Glück gewachsen sei, oder ob mit dem Glück die sittlichen Schäden, wie bei den äußerlich begünstigten Völkern, unausrottbar bei ihm einwurzeln würden. Heute dürfen wir hoffen, daß das deutsche Volk den gefährlichen Gast, das Glück, bemeistern wird, um von ihm Förderung aller ernstesten Zwecke ohne Verführung zu empfangen. Diese Hoffnungen verdanken wir dem Abgeordneten, der mit der Wünschelruthe der schlichten Wahrheit in Deutschland aller Orten, wie es scheint, das schlafende Gewissen zur kräftigen Thätigkeit erweckt hat.

C — r.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Hans Blum.

Verlag von F. O. Gebbig. — Druck von Hüthel & Legler in Leipzig.